



Berlin, 23. Februar 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Union ist bereit Verantwortung zu übernehmen. Als erste der drei Koalitionspartner hat die CSU dem Koalitionsvertrag zugestimmt. Auf dem Bundesparteitag am nächsten Montag in Berlin stimmen die CDU-Delegierten über den Vertrag ab.

Mit der Nominierung von Annegret Kramp-Karrenbauer als neue Generalsekretärin setzt die CDU ein Zeichen der Erneuerung. Es ist außergewöhnlich, dass sie ihr Amt als Ministerpräsidentin aufgeben will, um als Generalsekretärin nach Berlin zu kommen. Dies zeugt von großer Verantwortungsbereitschaft, die wir gerade in diesen unruhigen politischen Zeiten brauchen. Gleichzeitig gilt unser Dank unserem Kollegen Peter Tauber für seinen Einsatz und sein Wirken in den letzten vier Jahren.

Am 14. und 15. Februar habe ich mich mit den Verteidigungsministern der NATO-Staaten in Brüssel getroffen, um den bevorstehenden NATO-Gipfel vorzubereiten. Die Strukturen der NATO sollen modernisiert werden. Es wurde vereinbart, dass in Deutschland ein Logistik-Kommandozentrum aufgebaut wird. Für Deutschland sprechen die Lage im Herzen Europas und die Erfahrung bei den Themen Logistik und Unterstützung.

Letztes Wochenende habe ich gemeinsam mit meiner französische Amtskollegin, Florence Parly, die 54. Münchner Sicherheitskonferenz eröffnet. Das Bild Europas hat sich in den letzten Jahren gewandelt. 2014 waren wir uns einig, dass Deutschland mehr Verantwortung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen muss. Wie schnell uns die sicherheitspolitische Lage einholen würde, war damals noch nicht voraussehbar. Die Augen waren auf Deutschland gerichtet und wir haben Verantwortung übernommen. Zusammen mit Frankreich haben wir unter anderem einen ersten politischen Rahmen für die Konfliktlösung in der Ukraine geschaffen. Wir haben die OSZE Special Monitoring Mission in der Ost-Ukraine unterstützt und die NATO-Ostflanke gestärkt. Wir handeln nicht alleine, sondern gemeinsam mit unseren transatlantischen und europäischen Partnern. Wir wollen transatlantisch bleiben – und zugleich europäischer werden. Es geht um ein Europa, das mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung tragen kann – letztlich auch in der NATO. Das ist unsere europäische Zukunftsaufgabe.

Mit herzlichen Grüßen



Sitzung des Deutschen Bundestages vom 19. bis 23. Februar 2018

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat in Brüssel

Das informelle Zusammenkommen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs wird sich vorwiegend dem Mittelfristigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) widmen. Die Staats- und Regierungschefs werden beim künftigen Finanzrahmen vor allem eine Aussprache über die politischen Prioritäten der EU ab 2021 führen und die Vorschläge der EU-Kommission vom 14. Februar 2018 beraten. Für uns ist klar: Die notwendigen Veränderungen durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs sollten wir als Chance begreifen, die EU-Finzen an den aktuellen Herausforderungen Europas auszurichten. Zudem soll auch über die Möglichkeit transnationaler Listen bei Wahlen zum Europäischen Parlament sowie über die Art und Weise gesprochen werden, wie führende EU-Positionen etwa mit möglichen Spitzenkandidaten zu den Europawahlen besetzt werden.

Debatte zur aktuellen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten

Die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens bleibt von Instabilität, staatlicher Fragilität und Kampfhandlungen geprägt. Die akuten Krisen wirken sich in Form von Fluchtbewegungen und Terrorismus bis in unser Land unmittelbar aus. Die vereinbarte Debatte zur aktuellen Entwicklung der Region ist uns deshalb, aber auch aufgrund unserer historischen Verantwortung für den Staat Israel, wichtig. Die akuteste Herausforderung der Region bleibt die Beilegung des Bürgerkriegs in Syrien - ein sehr schwieriges und komplexes Unterfangen aufgrund der zahlreichen Konfliktlinien und Akteure. Parallel zu dieser vielschichtigen Gemengelage werden umfassende politische Lösungen der Krisenherde im Irak und Jemen sowie der Umgang mit dem Iran erörtert.

Wirtschaftsplangesetz 2018

In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir den Gesetzentwurf über das ERP-Wirtschaftsplangesetz 2018. Das aus Mitteln des Marshallplans stammende ERP-Sondervermögen fördert seit über 60 Jahren die deutsche Wirtschaft. Die im Jahr 2018 verfügbaren Mittel von 790 Millionen Euro erzielen durch eine Hebelwirkung ein Fördervolumen von insgesamt 6,75 Milliarden Euro. In den Fokus der Förderung stellen wir kleine und mittelständische Unternehmen, die in ihrer Finanzierungssituation oftmals gegenüber Großunternehmen strukturell benachteiligt sind. Damit setzen wir den Beschluss des Deutschen Bundestags aus dem März 2017 zur optimalen Ausnutzung des ERP-Förderpotenzials um. Die ERP-Mittel werden zum großen Teil von der KfW in Form von Krediten, Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung zur Verfügung gestellt.

Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus

Der Bericht der Bundesregierung stellt die jüngsten Entwicklungen und Erkenntnisse zum Elterngeld Plus, zum Partnerschaftsbonus und zur flexibleren Elternzeit dar. Laut Bericht haben sich im 3. Quartal 2017 28 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, für das Elterngeld Plus entschieden. Damit hat sich die Inanspruchnahme seit der Einführung zum 1. Juli 2015 verdoppelt. Die gewachsene Nachfrage spiegelt sich auch in der Bewertung der Nutzer wider, wobei 77 Prozent der Mütter und Väter das Elterngeld Plus als „gute Sache“ bezeichnen. Den beteiligten Eltern sei es dem Bericht zufolge besonders wichtig, mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen zu können. Eine umfassendere Bewertung soll bis Mitte 2019 erfolgen.

Parlamentarisches Kontrollgremium (PKGr)

Unsere Anregung, die Zahl der Mitglieder dieses Gremiums weiterhin bei neun zu belassen, wurde von den anderen Fraktionen mitgetragen. Bei dieser Größe stellt unsere Fraktion drei Mitglieder und die SPD-Fraktion zwei Mitglieder. Die AfD, FDP, Linke und Grüne stellen jeweils ein Mitglied.

Daten Fakten

Künstliche Intelligenz im Straßenverkehr

Einer repräsentativen Umfrage des Digitalverbands Bitkom zufolge wünscht sich die Mehrheit der Bundesbürger den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI), um den Verkehrsfluss zu verbessern und Unfälle zu vermeiden. Demzufolge halten es 9 von 10 Bundesbürgern (89 Prozent) für sinnvoll, dass KI-basierte Systeme eingesetzt werden, um die optimal Fahrtroute zu finden und vor Unfallgefahren rechtzeitig zu warnen. Weiterhin gehen 86 Prozent der Befragten davon aus, dass KI-optimierte Ampelschaltungen innerstädtische Staus verringern werden. Eine knappe Mehrheit der Deutschen (58 Prozent) hält es zudem für sinnvoll, Künstliche Intelligenz auch bei selbstfahrenden Fahrzeugen einzusetzen. Die Zustimmung der jüngeren Generation zwischen 14 und 29 Jahren (65 Prozent) fällt hierbei etwas stärker aus als bei Älteren ab 65 Jahren (54 Prozent).

Deutsche Exporte weiter auf Rekordniveau

Im Jahr 2017 wurden von Deutschland Waren im Wert von 1.279,4 Milliarden Euro exportiert. Demgegenüber standen Importe von 1.034,6 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anstieg von 6,3 Prozent respektive 8,3 Prozent gegenüber den bisherigen Höchstwerten aus dem Jahr 2016, wie das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt. Dementsprechend sank der deutsche Außenhandelsüberschuss im vergangenen Jahr leicht von 248,9 Milliarden

Euro auf 244,9 Milliarden Euro. Wichtigster Handelspartner bleibt die Europäische Union, in deren Mitgliedstaaten Waren im Wert von 750 Milliarden Euro exportiert wurden. Im selben Zeitraum betragen die Importe aus der EU 682,5 Milliarden Euro.

Redebeiträge

Transatlantisch bleiben - europäischer werden

Hier können Sie die komplette **Rede** der Bundesministerin der Verteidigung auf der **54. Münchner Sicherheitskonferenz** lesen:

<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/euro-paeischer-werden--transatlantisch-bleiben-22174>

Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.ursula-von-der-leyen.de

Bildrechtenachweis:

Jan Kopetzky; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt